

Herrn
Rainer Brüderle
Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie
Berlin

Absender, i.A. des Vorstands:
Prof. Dr. Rolf Verleger
Amselweg 2 b
23562 Lübeck

Telefon: 0451 5002916
E-Mail: juedische-stimme@onluebeck.de

Datum: 06.05.2010

per e-mail: Rainer.Bruederle@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Minister Brüderle,

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) plant, im Mai 2010 über Israels Antrag für eine Mitgliedschaft in die OECD zu entscheiden.

Durch unsere jüdische Herkunft und vielfältige persönliche Bindungen sind wir, als in Deutschland lebende jüdische Menschen, dem Staat Israel verbunden. Auch wenn wir diese Verbundenheit persönlich nicht akzeptieren würden: Als Juden werden wir nolens volens für die Handlungen und das Schicksal des jüdischen Staates von unserer Umwelt in der Verantwortung gesehen.

Dieser Plan der OECD könnte uns also eigentlich mit Befriedigung und Stolz erfüllen. Leider ist das Gegenteil der Fall. Israel betreibt leider eine diskriminierende Politik gegen die Palästinenser, sowohl gegen diejenigen, die Staatsbürger Israels sind als auch - in noch viel gravierendem Umfang - gegen die unter Besatzung lebenden Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen. Daher würde eine Aufnahme von Israel von vielen Menschen weltweit als entschiedener und gravierender Akt der Komplizenschaft mit dieser Politik angesehen. Dies würde daher den Antisemitismus befördern. Denn Israel würde als über den ansonsten für Alle geltenden Regelungen stehend angesehen.

Allgemein gesagt würde eine solche Entscheidung die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit schwer beschädigen und jene Unkultur der Straflosigkeit fördern, die es Israel ermöglicht hat, seine Versuche zur militärischen Lösung des Nahostkonflikts eskalieren zu lassen und zu Jahresbeginn 2009 ein Massaker im illegal belagerten und besetzten Gazastreifen zu begehen, wider jede Humanität und Moral. Die Mitgliedschaft in der OECD wird diese Tendenzen in Israel noch verstärken, die dortigen Friedenskräfte weiter schwächen und damit einen gerechten Frieden zu einem unerreichbaren Ziel machen.

Wir ersuchen Sie deshalb, den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD anzuweisen, bei der abschließenden Abstimmung im Mai g e g e n die Aufnahme von Israel zu stimmen.

Wir missbilligen, dass die OECD die von Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgebrachten Belege nicht zur Kenntnis nimmt ¹, wenn es darum geht, das Mitgliedschaftsgesuch Israels zu überprüfen.

Und wir verurteilen es, wenn die OECD das Unvermögen Israels, Wirtschaftsstatistik-Daten zu liefern, welche klar unterscheiden zwischen dem international anerkannten Staatsgebiet Israels und den seit 1967 besetzten palästinensischen und syrischen Gebieten, nicht als Hinderungsgrund für die Aufnahme in die OECD einstuft ².

Die OECD macht sich der Komplizenschaft mit Israel schuldig, wenn sie sich dessen rechtswidrigen Handlungen nicht widersetzt und - trotz reichlicher Belege - darauf verzichtet, Israel als unterdrückende Besatzungs- und Kolonisierungsmacht in der Westbank, einschließlich Ostjerusalem, und im Gazastreifen anzusprechen. Die OECD verschließt auf diese Weise die Augen vor Israels System institutionalisierter Diskriminierung, welche die Hauptursache für die extreme Armut unter den palästinensischen Bürgern Israels ist - eine Tatsache, die auch in den Berichten der OECD aufgeführt wird.

Israel ist, wie alle anderen Staaten, auf die Standards des internationalen Rechts und der universellen Menschenrechte zu verpflichten und hat diese zu respektieren, wenn es als Mitglied der OECD aufgenommen werden will. Denn die Konformität mit dem internationalen Völkerrecht und den Menschenrechten ist eine der Voraussetzungen für diese Mitgliedschaft.

Die OECD hält in ihrer Konvention von 1960 fest: "Wirtschaftliche Stärke und Wohlstand sind unverzichtbar zur Erlangung der Ziele der UNO, zum Schutz der individuellen Freiheitsrechte und zur Stärkung der öffentlichen Wohlfahrt". Und in der "Road Map" zur Aufnahme Israels in die OECD vom Nov. 2007 schreibt der Rat, Israel müsse als Voraussetzung für die Aufnahme sein Engagement für die in der OECD geteilten Werte demonstrieren und die entsprechenden „Benchmarks“ erfüllen.

Die von der OECD aufgeführten Grundwerte beinhalten: die Verpflichtung zu einer pluralistischen Demokratie auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und Respekt für die Menschenrechte, das Einhalten der Grundsätze einer offenen und transparenten Marktwirtschaft sowie das gemeinsame Ziel nachhaltiger Entwicklung.

Der Human Science Research Council Südafrikas hat 2009 in einem maßgebenden Rechtsgutachten unter Federführung des international anerkannten früheren UN-Menschenrechtsberichterstatters Prof. John Dugard festgestellt: Als ein Staat, der Besetzung, Kolonisierung und Apartheid praktiziert, handelt Israel weder in Übereinstimmung mit den Anforderungen des internationalen Rechts noch mit den Standards und Vorgaben der OECD ³.

¹ Siehe z.B.: - Letter to Mr. Angel Gurría, Secretary General, OECD (22 human rights and civil society organizations), 28 September 2008:

www.arabhra.org/HraAdmin/UserImages/Files/NGO%20Letter%20to%20the%20OECD.pdf;

- Letter to the Foreign Ministers of Non-EU OECD member states (16 organizations), January 2009:

<http://www.badil.org/en/documents/category/36-regional-bodies>; and Arab Higher Monitoring Committee to the OECD, 27 Feb. 2010: <http://www.haaretz.com/hasen/spages/1152638.html>

² Siehe z.B.: <http://original.antiwar.com/cook/2010/03/08/israels-oecd-bid-poses-problems-for-members/>

³ <http://www.hsrb.ac.za/Document-3227.phtml>

Sollen Völkerrecht und Menschenrechte respektiert und eingehalten werden, bedeutet das:

- Israel muss den Empfehlungen der “UN Fact Finding Mission on the Gaza Conflict” nachkommen und die Verantwortlichen für die Kriegsverbrechen und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft ziehen, die im Winter von 2008/09 zum Tod von mehr als 1.400 Palästinensern, in der Mehrzahl Zivilisten und Kinder, geführt haben.
- Israel muss die Blockade des Gazastreifens beenden, welche die 1.5 Millionen Eingeschlossenen ihrer elementaren Rechte auf ausreichende Versorgung, Freizügigkeit von Menschen und Waren und Entfaltung ihrer persönlichen Möglichkeiten beraubt - Palästinenser, die zum grössten Teil aus Flüchtlingsfamilien stammen, die 1948 aus ihren damaligen Dörfern und Städten im heutigen Israel vertrieben worden waren.
- Israel muss die völkerrechtswidrige Mauer im besetzten Westjordanland abreißen, wie dies bereits 2004 vom internationalen Gerichtshof in Den Haag verlangt wurde.
- Israel muss die seit bald 43 Jahren andauernde Besetzung der Westbank, Ostjerusalems und des Gazastreifens aufgeben.
- Israel muss die Tausende - zum Teil ohne jede rechtliche Anhörung internierten - palästinensischen Gefangenen freilassen.
- Israel muss den 1947-49 sowie 1967 vertriebenen Palästinensern das Recht auf Rückkehr einräumen oder sie in gerechter Weise entschädigen.
- Israel muss sein politisches und rechtliches System so verändern, dass auch seine nicht-jüdischen Bürger die vollen und gleichen Rechte ausüben können.

Erst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, genügt Israel den Standards, welche die OECD in ihrer Konvention von 1960 und weiteren Dokumenten an eine pluralistische und demokratische Gesellschaft stellt. Wir wiederholen damit die Vorbehalte, welche der OECD bereits mehrfach von Menschenrechts- und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorgebracht worden sind, und ersuchen Sie, sich zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Aufnahme Israels in die OECD auszusprechen.

Mit freundlichen Grüßen und auf eine Entscheidung in unserem Sinne hoffend:

R. Verleger

Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost
i.A. des Vorstands: Prof. Dr. Rolf Verleger, Vorsitzender